

## Protokoll Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 08.10.2014  
**Beginn der Sitzung:** 17:01 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:56 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

#### **Vorsitzender**

Gosciniak, Heinz

#### **SPD-Fraktion**

Brunken, Karola  
Bruns, Ludger  
Meinen, Regina  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

für Marianne Pohlmann

#### **CDU-Fraktion**

Bongartz, Helmut  
Odinga, Hinrich

für Gerold Verlee

#### **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**

Baumfalk, Britta  
Claaßen, Jens

#### **FDP-Fraktion**

Bolinius, Erich

#### **Beratende Mitglieder**

Acker, Karl  
Janssen, Johann  
Narewski, Friedrich  
Reinert, Gabriele

Vertreter des Stadtteilbeirates Barenburg

Vertreter des Seniorenbeirats  
für Arno Peper

#### **Verwaltungsvorstand**

Docter, Andreas

Stadtbaurat

#### **von der Verwaltung**

Fresemann, Hartmut  
Kolk, Lars

#### **Protokollführung**

Mansholt, Hendrik

## Niederschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.10.2014

### Öffentlicher Teil

#### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

Herr Gosciniak begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 17:01 Uhr.

Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

#### **TOP 2 Feststellung der Tagesordnung**

Herr Gosciniak erklärt, die Verwaltung habe die Vorlage zu TOP 7 zurückgezogen. Sie werde jedoch in der nächsten Sitzung im November als Beschlussvorlage wieder eingebracht.

#### **Beschluss:**

Die Tagesordnung wird mit vorgenannter Änderung beschlossen.

#### **Ergebnis:**

Einstimmig

#### **TOP 3 Einwohnerfragestunde**

**Herr Tempel**, ein Anwohner des Stadtteils Barenburg, erklärt, dass sein Grundstück direkt an dem Standort liege, an dem die neue Brücke geplant sei. Er und seine Frau begrüßten die Brücke grundsätzlich sehr. Diese sei seit Jahren im Gespräch. Er beklagt jedoch, dass nun aus Kostengründen ein neuer Standort gewählt werde. Dies führe dazu, dass Benutzer der Brücke freie Einsicht in sein Haus und Garten bekämen. Dies stelle eine Wertminderung seines Grundstückes dar.

Er fragt daher, wie hoch die Preisdifferenz zwischen einer Autobrücke und einer Fahrradbrücke sei. Auch möchte er wissen, wie teuer eine Brücke an dem Standort Verlängerung Wilhelm-Hauff-Straße sei.

Weiterhin fragt er, wie lange die Nutzungsdauer einer solchen Brücke sei. Zudem interessiert ihn, wie viel die Stadt durch die Verlegung des Standortes spare. Abschließend fragt er noch, ob die Bauart der Brücke, insbesondere der Belag, zu einer weiteren akustischen Beeinträchtigung und damit zu einer weiteren Wertminderung der Grundstücke führe.

**Herr Docter** weist darauf hin, dass es am 22.11.2014 eine Bürgerinformationsveranstaltung im Gymnasium am Treckfahrtstief gebe. Weiterhin betont er, dass der neue Standort nicht aus Kostengründen, sondern aus technischen Gründen gewählt worden sei, dies führe jedoch zu einer Reduzierung der Kosten. Zum Belag der Brücke erklärt er, dass dieser voraussichtlich nicht zu einer zusätzlichen Beeinträchtigung führen werde.

**Herr de Vries** erklärt, dass die Brücke direkt auf sein Grundstück zulaufe. Er fragt zudem, ob man die Verkehrssituation an der jetzigen Brücke beachtet habe. Diese sei eine Gefahrenstelle. Weiterhin appelliert er an alle Entscheidungsträger, sich vor Ort ein Bild zu machen.

**Herr Docter** erklärt, man habe die Verkehrssituation im Blick, teile jedoch die Auffassung von Herrn de Vries nicht.

**B E S C H L U S S V O R L A G E N**

**TOP 4 Bau einer Brücke für Fußgänger und Fahrradfahrer von Tholenswehr nach Barenburg unter Einsatz von Mitteln des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes (GVFG) – sog. „Antrag auf Bewilligung einer Landeszuwendung für die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden“**  
**Vorlage: 16/1419**

**Herr Docter** erklärt, dass die Mittel zeitnah beim Land angemeldet werden müssten. Dies könne nun geschehen, da nun die Ergebnisse zu Kosten und Planung vorlägen.

**Herr Kolk** betont, dass das Thema lange diskutiert worden sei und die Brücke ein Kernziel der sozialen Stadt Barenburg darstelle. Die Verwaltung habe sich mit verschiedenen Standorten beschäftigt. Insbesondere sei die Spannweite bei dem ursprünglichen Standort größer, weshalb Pfähle ins Wasser gerammt werden müssten. Diese würden dann den Bootsverkehr auf dem Trecktief beeinflussen.

Zudem müsste die Brücke eine Mindesthöhe haben, weshalb behindertengerechte Rampen an diesem Standort schwierig zu realisieren seien. Der neue Standort brauche jedoch weniger Rampen, da er sich auf der Tholenswehrster Seite an die bereits vorhandene Rampe der Autobrücke anfüge. Zudem führe dieser Standort zu mehr Sicherheit für den Radverkehr.

Darüber hinaus sei der neue Standort durch das Nutzen der bereits vorhandenen Anrampung und der geringeren Spannweite auch günstiger.

**Herr Docter** versichert, dass der Vorstand sich mit allen Alternativen befasst habe. Der neue Standort würde Kosten von rund 450.000 Euro verursachen, wobei die Stadt Emden sich mit einem Eigenanteil von rund 185.000 Euro beteiligen müsste. Hierfür stünden Haushaltsreste zur Deckung zur Verfügung. Die ursprüngliche Alternative würde rund 80.000 Euro teurer werden.

**Herr Bongartz** dankt zunächst für den Vortrag. Er erklärt, dass das Thema bereits diskutiert worden sei und die CDU Fraktion den Vorschlag aus Kostengründen entschieden ablehne. Seit der letzten Diskussion seien keinerlei neue Erkenntnisse gewonnen worden, weshalb sich die Meinung der CDU Fraktion auch nicht geändert habe.

Er finde es jedoch interessant, dass der Kämmerer nun doch Haushaltsreste zur Verfügung habe. Zudem würde die Haushaltsstrukturkommission ad absurdum geführt, wenn bei einem großen strukturellen Defizit das Geld so verbraten werde. Abschließend fragt er, weshalb die Brücke nicht schon in den letzten zehn Jahren realisiert wurde, wenn diese doch ein Kernziel des Projektes Soziale Stadt Barenburg sei. Auch will Herr Bongartz wissen, ob für die Brücke der geltende Bebauungsplan geändert werden müsse.

**Herr Bolinius** erklärt, dass er sich den Aussagen von Herrn Bongartz anschließt. Brücken würden zwar verbinden und dies sei auch wichtig, jedoch würde in der Haushaltsstrukturkommission um jeden Euro gekämpft. Auch findet er es rätselhaft, wieso nun auf einmal Geld für die Brücke vorhanden sein soll. Zudem findet er den ursprünglichen Standort besser. Abschließend will er ebenfalls wissen, ob der Bebauungsplan geändert werden müsse.

**Herr Quedraogo** erklärt, er freue sich über die detaillierte Darstellung. Weiterhin erklärt er, dass die Brücke für Barenburg mehr als nur eine Brücke sei. Die Brücke schaffe eine kognitive Bin-

## Niederschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.10.2014

dung. Die Funktion der Brücke sei ein Mehrwert für alle. Er betont, dass die Mittel für den Bau der Brücke sinnvoll eingesetzt seien. Auch stellt er heraus, dass Barenburg in den Köpfen vieler nicht existiere. Insbesondere habe der Stadtteil zu Unrecht ein negatives Image. Die Brücke sei nicht nur gut für die beiden Stadtteile, sondern für die ganze Stadt.

**Herr Strelow** betont, Brücken verbänden und gehörten zur Tradition Emdens. Zudem gebe es noch viele weitere Vorteile der Brücke, wie den Lückenschluss im Radwegenetz. Darüber hinaus begrüße man ausdrücklich den öffentlichen Termin. Auch erklärt er, dass die SPD Fraktion ebenfalls sehr überrascht über den Haushaltsrest sei. Dies hätte die Fraktion gerne vorher gewusst. Abschließend fragt er, wo die Reste her kämen, wie hoch diese genau seien und ob diese Zweckgebunden seien.

Darüber hinaus versichert Herr Strelow, dass die Umsetzung der Brücke nicht zu Beeinträchtigungen führen solle. Die SPD wolle jedoch zustimmen, wenn die Haushaltsreste und Fördermittel vorhanden seien.

**Frau Baumfalk** gibt zu bedenken, dass die Beschlussvorlage auf die Bürgerveranstaltung hinweist und Beschluss nur über den Antrag auf Fördergelder, nicht jedoch für den endgültigen Bau der Brücke zu sehen sei. Ihre Fraktion würde daher der Vorlage zustimmen.

**Herr Docter** versichert, dass man die Brücke gerne eher aus Mitteln der Förderung Soziale Stadt Barenburg bezahlt hätte. Dies sei jedoch nicht förderfähig gewesen, daher habe man beschlossen zu versuchen in das Mehrjahresprogramm des Landes aufgenommen zu werden. Fraglich sei nun, ob das Land die Brücke und damit die Fördergelder genehmige, damit im Laufe des nächsten Jahres mit dem Bau begonnen werden könne. Die Fördermittel würde es dann für die Brücke geben, wenn das Land noch Mittel hierfür im Haushalt habe.

Zur Frage nach einer Bebauungsplanänderung erklärt er, dass für den Bau der Brücke, wie bei vielen anderen Brücken auch, nur wasserrechtliche Genehmigungen nötig. Weiterhin seien die Haushaltsreste im investiven Bereich des Haushaltes. Die Haushaltsstrukturkommission beschließe jedoch hauptsächlich über den Ergebnishaushalt.

Zudem erläutert Herr Docter, dass die Brücke an einem weiter südlich gelegenen Standort deutlich teurer werden würde, da hier zunächst neue Anrampungen geschaffen werden müssten. Es werde jedoch noch viele detaillierte Informationen in der Bürgerveranstaltung in der Aula des GaT geben.

**Herr Bolinius** erklärt, er verstehe nicht, wie Frau Baumfalk aus der Beschlussvorlage lesen könne, dass es lediglich um die Bewerbung um Fördermittel gehe. Wenn es Fördermittel gebe, sei die Brücke doch quasi schon beschlossen. Weiterhin betont er, es sei in der Haushaltsstrukturkommission jeder Euro zusammengekratzt worden und dennoch bestehe das strukturelle Defizit weiter. Die Stadt könne sich daher die Brücke nicht leisten.

**Herr Bongartz** sagt voraus, wenn es Fördermittel gebe, werde es keinen weiteren Beschluss mehr geben. Dann werde die Brücke auch gebaut. Weiterhin betont er, dass die Strukturkommission in ihrer letzten Sitzung nahezu ausschließlich über Investitionen gesprochen habe. Zudem sei Konsens, dass nur Dinge geleistet werden würden, die sich die Stadt auch leisten könne.

### Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, für den Bau einer Brücke für Fußgänger und Fahrradfahrer von Tholenswehr nach Barenburg gem. Anlage 1 (Genehmigungsplanung) einen Antrag auf

## **Niederschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.10.2014**

Förderung nach Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG) fristgerecht zum 31.10.14 beim Land für das Jahr 2015 einzureichen.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Vorhaben der Öffentlichkeit in einer Bürgerversammlung vor Antragseinreichung zu erläutern.

**Ergebnis:** mit Stimmenmehrheit

Die Vorlage wird mit

8 Ja-Stimmen SPD und Grüne und

3 Nein-Stimmen (CDU und FDP)

### **TOP 5      Lärmaktionsplan Vorlage: 16/1373**

**Herr Kolk** erläutert das Thema und die aktuelle Situation anhand eines Lichtbildvortrages näher. Insbesondere wolle man sich mit den Bürgern intensiv beraten. Der Plan schaffe jedoch noch keine rechtliche Grundlage.

**Herr Docter** ergänzt, dass die noch fehlenden Daten der Bahn nach Auskunft des Deutschen Städtetages jedoch nicht mehr in 2014 vorliegen würden.

**Herr Kolk** führt weiterhin aus, dass die Verwaltung nicht mehr warten wolle und bereits ohne die Daten der Deutschen Bahn beginne. Im weiteren geht er in seinem Vortrag auf die Ausarbeitung, die Handlungsräume, Maßnahmenfelder, den Bürgerdialog und den weiteren Ablauf näher ein.

**Herr Docter** dankt zunächst für den Vortrag und die Ausarbeitung durch das Büro PGT. Weiterhin betont er, dass das Thema aus dem europäischen Umweltrecht komme und der Plan kein Durchsetzungsrecht gegenüber anderen zuständigen Behörden schaffe. Es sei nicht möglich aus Lärmschutzgründen eine Geschwindigkeitsreduzierung auf Landesstraßen durchzusetzen. Auch gegenüber der Bahn bestehe grundsätzlich keine Handlungsmöglichkeit. Dies sei jedoch ein Fehler in der Gesetzgebung.

**Herr Bongartz** ist der Meinung, dass Herr Docter das Wichtigste auf den Punkt gebracht habe. Es werde schwierig, dem Bürger die Zuständigkeitsprobleme nahe zu bringen. Auch sei der Lärm durch die Bahn ein großes Problem. Es sei jedoch grundsätzlich gut, diesen Aufwand trotzdem zu betreiben.

**Herr Strelow** dankt für die Leistung und erklärt, dass Lärmreduzierung genauso wie die breite Kommunikation des Themas wichtig sei. Es sei jedoch noch ein langer Weg. Der Plan mache die Lärmbelästigung jedoch objektiver.

**Herr Kolk** weist in diesem Zusammenhang noch auf die Internetseite für die Bürgerbeteiligung hin.

**Herr Odinga** fragt, ob nach Vorliegen der Daten der Deutschen Bahn der Ausschuss erneut informiert werden müsse. Zudem finde er es schade, dass der Fluglärm nicht ebenfalls Eingang in den Plan gefunden habe.

## **Niederschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.10.2014**

**Herr Docter** erklärt, dass die Bahnlärmkartierung und Aktionsplanausarbeitung noch ein bis eineinhalb Jahre in Anspruch nehmen werde. Darüber hinaus falle der Flugplatz Emden nicht unter die EU-Richtlinie und werde daher nicht untersucht.

**Herr Bolinius** betont, dass er sich über den Lärmaktionsplan freue. Er gibt jedoch zu bedenken, dass der Bürger nach der Beteiligung auch erwarte, dass gehandelt werde.

**Frau Baumfalk** weist darauf hin, dass der Lärmaktionsplan eine EU-Vorgabe sei. Da könne man nichts ändern. Auf diese Weise lägen zumindest Daten vor. Dies sei wichtig und schaffe Transparenz.

**Herr Docter** betont, dass der Plan trotzdem von großem Wert für Emden sei. Er könne als Grundlage für die weitere Arbeit und Gespräche dienen.

### **Beschluss:**

1. Der vorgestellte Entwurf des Lärmaktionsplans wird zur Kenntnis genommen.
2. Auf der Grundlage des vorgestellten Entwurfs wird eine Bürgerinformationsveranstaltung sowie ein „Online-Dialog“ für die Öffentlichkeitsbeteiligung an der Lärmaktionsplanung durchgeführt.

**Ergebnis:** einstimmig

### **TOP 6      Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes der Stadt Emden; Weiterführung der Stelle des Klimaschutzmanagers Vorlage: 16/1434**

**Herr Fresemann** erläutert anhand eines Lichtbildvortrages das Klimaschutzkonzept näher. Insbesondere geht er auf die Hintergründe, die Handlungsfelder der Kommunen, die Historie und die energetische Sanierung ein und gibt abschließend einen Ausblick.

**Herr Bongartz** fragt, ob das Ziel, bis 2030 50% weniger CO<sub>2</sub> auszustoßen, erreicht werden könne, wie hoch die Werte 2010 waren und ob der Ausstoß kontinuierlich gemessen werde, da sonst eine Verfolgung nicht möglich sei. Zudem will er wissen, ob es möglich sei, im Hafen anliegende Schiffe über Generatoren zu versorgen, damit diese ihre Motoren abstellen.

**Herr Fresemann** erklärt, man habe 2010 einen ersten Bericht aufgestellt. Beim Planen sei man jedoch auf viele Faktoren und Beteiligte angewiesen. Am Ziel 50%, weniger CO<sub>2</sub> auszustoßen, werde gearbeitet. Die Erreichung des Ziels sei dann machbar, wenn das Volkswagen Werk Emden zur „Blue Factory“ werde.

**Herr Bongartz** fragt, ob sich die Nutzung der werkseigenen Windenergieanlagen zeitnah auf die CO<sub>2</sub> Bilanz auswirken werde.

**Herr Docter** antwortet, das Werk werde in Zukunft viel CO<sub>2</sub> einsparen. Zudem erklärt er, dass die Möglichkeit, Schiffe im Hafen mit Strom zu versorgen, besprochen werde. Abschließend betont er, dass das Ziel dann realistisch zu erreichen sei, wenn alle großen Beteiligten mitmachen.

**Herr Fresemann** ergänzt, dass es grundsätzlich möglich sei, die Schiffe im Emdener Hafen mit Strom zu versorgen, dieser werde aber in naher Zukunft aufgrund hoher Investitionskosten nicht realisiert werden können.

## Niederschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.10.2014

**Herr Strelow** erklärt, dass die Ziele stets ambitioniert sein sollten. Wichtig sei, dass der Bürger beteiligt werde. Zudem regt er an, dass der Klimaschutzmanager die KfW-Richtlinien nochmals erläutern sollte und dies auch dem Bürger nahe bringe. Zudem könne das Thema E-Mobilität erneut angesprochen werden.

**Herr Docter** erwidert, dass es bei der bauseitigen Erläuterung der KfW-Richtlinie und insbesondere bei kreditbezogenen Beratungen von Bürgern zu diesem Thema Kompetenzüberschneidungen geben könne. Darüber hinaus hätten die Stadtwerke Emden das Thema E-Mobilität im Fokus.

### **Beschluss:**

Gemäß Kommunalrichtlinie wird ein Antrag auf Förderung des Projektes „Anschlussvorhaben in Bezug auf die Stelle für Klimaschutzmanagement“ (Beginn 01.07.2015) für 2 Jahre fristgerecht gestellt. Die erforderlichen Eigenmittel zur Kofinanzierung sind bereits 2015 eingeplant.

**Ergebnis:** einstimmig

## MITTEILUNGSVORLAGEN

**TOP 7** Förderprogramm „Jung kauft Alt – Junge Familien kaufen alte Häuser“;  
Richtlinien zur Förderung des Erwerbs von Altbauten in Emden.  
Vorlage: 16/1439

Die Mitteilungsvorlage wurde von der Verwaltung zurückgezogen.

**TOP 8** Anfragen

### **8.1**

**Herr Strelow** fragt zum Thema der Bekanntmachung der Vertiefung der Außenems wieso für Deutschland so strikte EU-Regeln gelten und für die Niederlande nicht.

Herr Docter fügt hinzu, der Trassenbeschluss zur Ems-Vertiefung sei bereits seit 2006 Thema. Klagen seien jedoch immer noch möglich.

### **8.2**

**Herr Strelow** möchte wissen, ob und wenn ja, wann das angekündigte Baulückenkataster online gehe.

**Herr Kolk** erklärt, das Kataster werde durch die Stadtwerke Emden und ein externes Büro begleitet. Zurzeit gäbe es noch technische Probleme, es werde jedoch an einer zügigen Lösung gearbeitet.

### **8.3**

**Herr Bolinius** fragt, wieso es im Rahmen des Treffens der Außenminister von Deutschland und den Niederlanden keine Informationen und keine Beteiligung gegeben habe.

**Herr Docter** antwortet, dass sich diese Verhandlungen auf einen anderen Bereich, nämlich den für Offshore Energie relevanten, bezögen.

**Niederschrift Nr. 37 über die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 08.10.2014**

**8.4**

**Herr Bongartz** fragt, ob bereits ein Bewilligungsbescheid für die Wolthuser Straße vorliege.

**Herr Docter** antwortet, dass noch kein Bescheid vorliege.

**8.5**

**Herr Odinga** fragt, ob die Hubschrauber, die den Flugplatz Emden anfliegen, bestimmte Routen vorgegeben bekommen und wer hierfür Ansprechpartner sei.

**Herr Docter** antwortet, es gäbe klare Einflugkorridore, diese würden jedoch lediglich durch die Fluglotsen kontrolliert. Hierfür sei jedoch eine Bundesbehörde zuständig.

**TOP 9 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters**

Keine

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.